



Gruppierung DIE LINKE
im Ostalbkreis

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2026

Cynthia Schneider / Dr. Monika Benk

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse,

Sehr geehrter Herr Kämmerer Kurz,

Wir stehen heute hier, um nicht nur über Zahlen und Haushaltspläne zu sprechen, sondern um die Stimme derjenigen zu erheben, die im Schatten politischer Entscheidungen leben – die Menschen in unserem Ostalbkreis, die unter einer chronischen Unterfinanzierung der kommunalen Strukturen leiden und in Zukunft noch stärker leiden werden.

Bei den verschiedenen Maßnahmen und Entscheidungen, die uns als Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern hoffentlich allen wehtun werden, versuchen wir gemeinsam, die finanzielle Schieflage zwischen Einnahmensituation und Ausgabenexplosion zu bewältigen. Doch durch Kürzungen und vollständige Streichungen finanzieller Mittel trifft es vor allem den sozialen Bereich in unserem Ostalbkreis.

Wir sind die Gruppierung **DIE LINKE** im Ostalbkreis und fordern eine Wende im Denken und Handeln, damit die Bedürfnisse der Bevölkerung wieder im Mittelpunkt stehen.

Chronische Unterfinanzierung als großes gesellschaftliches Problem

Wie wir wissen, leiden viele Kommunen – nicht nur der Ostalbkreis – unter einer chronischen Unterfinanzierung. Diese Situation führt nicht nur zu einem Mangel an Ressourcen, sondern auch zu einer gefährlichen

Passivität in der Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen hier im Kreis.

Statt die Lebensqualität vor Ort aktiv zu gestalten, wird häufig nur noch der Mangel verwaltet – ersichtlich in der Unterfinanzierung der unterschiedlichsten Haushaltsbereiche. Dies ist unhaltbar und wirft die zentrale Frage der Konnexität auf.

„Die Kommunen müssen wieder in die finanzielle Lage versetzt werden, um ihre Aufgaben zu erfüllen“ – das ist keine leere Floskel, sondern ein Aufruf zur Tat!

Die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst essenzielle Bereiche wie Kindertagesstätten, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, Abfall- und Wasserversorgung, Kultur, Sport, Feuerwehr und Rettungsdienste. Diese Aufgaben sind nicht optional, sondern Pflichtaufgaben der Kommunen. Doch die Realität sieht oft anders aus: Viele Kommunen können ihren pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben kaum noch nachkommen.

Deshalb ist es unser gemeinsamer Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen die notwendigen Mittel erhalten, um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Basisleistungen zu erfüllen, sondern darüber hinaus Gestaltungsräume zu schaffen.

Ein Aufruf zur Veränderung

Wir fordern eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzen! Es ist an der Zeit, dass Bund und Land ihre Verantwortung erkennen und die Kommunen endlich ausreichend finanzieren.

„Der Ruck muss von oben kommen“ – doch wenn er nicht von oben kommt, dann muss er von uns, aus der Gesellschaft selbst, kommen. Wir müssen den Mut aufbringen, Veränderungen einzufordern und neue Perspektiven zu schaffen.

Die kommunalen Finanzen sind das Rückgrat unserer Daseinsvorsorge. Ohne ausreichende Mittel können Städte und Gemeinden ihre grundlegenden Aufgaben nicht erfüllen – mit der Folge einer sinkenden Lebensqualität und gefährdeten sozialen Stabilität.

Eine solide finanzielle Basis ist daher unverzichtbar, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen und eine lebendige, funktionsfähige Gemeinschaft zu erhalten.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben in Schlüsselbereichen wie Sozialleistungen, Bildung und Infrastruktur, während die kommunalen Einnahmen stagnieren oder sogar zurückgehen. Diese Diskrepanz zwingt die Kommunen, kreative Wege zu finden, um die notwendigen Mittel bereitzustellen und den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen zu sichern.

„Es sind eben nur kurzfristige Maßnahmen ... doch sie ändern nichts daran, dass eine strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden besteht.“

– Dr. Joachim Bläse

Demografischer Wandel als zusätzliche Herausforderung

Der demografische Wandel zeigt sich in einer wachsenden Zahl älterer Menschen, die besondere Anforderungen an Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen stellen. Die Kommunen stehen daher vor

der Herausforderung, ihre Angebote anzupassen – durch Investitionen in die Pflegeinfrastruktur und in Programme, die älteren Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Gleichzeitig wird die Abwanderung junger Menschen in größere Städte zunehmend sichtbar. Sie führt zu einem Verlust an Fachkräften und einem Rückgang der lokalen Wirtschaftskraft. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die soziale Struktur der Gemeinden, sondern hemmt auch Innovation und Dynamik.

Die Kommunen müssen daher Strategien entwickeln, um junge Menschen zu halten und Anreize zu schaffen, die lokale Wirtschaft zu stärken und das soziale Leben zu fördern.

Lokale Wirtschaft stärken – der Schlüssel zur Zukunft

Um Unterfinanzierung und demografischen Wandel zu bewältigen, ist die Stärkung der lokalen Wirtschaft entscheidend. Eine florierende Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, stabilisiert Einnahmen und verhindert Abwanderung.

1. Förderung lokaler Unternehmen:

Kommunen sollten lokale Unternehmen gezielt stärken – durch Förderprogramme, steuerliche Anreize oder bessere Infrastruktur. Wachstum bedeutet Arbeitsplätze, und Arbeitsplätze bedeuten höhere Steuereinnahmen.

2. Zusammenarbeit mit Gewerkschaften:

Gewerkschaften verbessern Arbeitsbedingungen, sichern faire Löhne und stärken die Bindung der Beschäftigten an die Region. Gute Arbeit hält Menschen vor Ort.

3. **Anreize für junge Menschen:**

Attraktive Ausbildungsplätze, Praktika und Weiterbildungsmöglichkeiten sind zentrale Faktoren, um junge Menschen in der Region zu halten.

4. **Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds:**

Start-ups und neue Geschäftsideen benötigen Räume wie Co-Working-Spaces, Innovationszentren und starke Netzwerke.

Einrichtungen wie die Wirtschaftsförderung, die WiRO, der Euro-point und andere leisten hier wertvolle Arbeit.

Durch solche Maßnahmen entsteht eine starke regionale Wirtschaftskraft. Damit verbessern wir die Lebensqualität, stoppen die Abwanderung junger Menschen und schaffen Einnahmen, die dringend benötigte Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur ermöglichen. So bleibt unser Ostalbkreis **vielseitig, patent, schwäbisch – lebendig und zukunftsfähig**.

Innovation und Technologie als Zukunftsmotor

Innovation und Technologie spielen eine entscheidende Rolle für die Zukunft unseres Ostalbkreises. Beispiele dafür sind:

- **Schaffung neuer Arbeitsplätze:** Technologische Cluster in Photonik, Mikro- und Optoelektronik oder Künstlicher Intelligenz halten junge Menschen in der Region.
- **Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen:** Moderne Technologien verbessern Prozesse und ermöglichen die Entwicklung neuer Produkte.
- **Lebenslanges Lernen:** Innovationsprozesse erfordern Qualifizierung und Umschulung.

- **Gesundheitsversorgung:** Telemedizin und digitale Anwendungen verbessern den Zugang zu medizinischen Leistungen.
- **Nachhaltige Technologien:** Erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft sichern eine umweltfreundliche Zukunft.
- **Bürgerbeteiligung:** Digitale Plattformen stärken demokratische Mitgestaltung.
- **Soziale Innovation:** Neue Wohn- und Pflegekonzepte erhöhen Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Diese Aspekte spiegeln Aussagen von Landrat Bläse wider:

- *„Der Kreishaushalt ist nicht nur ein Zahlenwerk, sondern auch ein inhaltliches Signal.“*
- *„Wir sprechen von einer grundsätzlichen Schieflage im Sozialbereich, im Bereich der Krankenhäuser, im ÖPNV.“*
- *„Wir sollten 2026 unsere Technologie- und Innovationsprofile konsequent weiterentwickeln.“*
- *„Ich würde mich freuen, wenn es uns gelingt, neue Perspektiven anzunehmen und neue Kräfte zu mobilisieren.“*

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der derzeit ausgesetzten Vermögenssteuer. Diese Steuer könnte eine bedeutende Finanzierungsquelle sein, um die beschriebenen Herausforderungen zu bewältigen. Sie würde nicht nur die kommunale Unterfinanzierung mildern, sondern auch soziale Gerechtigkeit fördern, indem superreiche Bürgerinnen und Bürger einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen leisten.

Mit diesen zusätzlichen Einnahmen könnten Kommunen dringend notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Integration und Umwelt tätigen.

„Es ist an der Zeit, die Reichen an den Kosten der Gesellschaft zu beteiligen, damit wir gemeinsam eine lebenswerte Zukunft für alle schaffen können.“

#TAXTHERICH

Schlusswort

Zum Abschluss möchte ich persönlich werden:

Im März 2026 werde ich mich in der nächsten Kreistagssitzung verabschieden und auf 16 Jahre kommunalpolitische Verantwortung im Ostalbkreis zurückblicken.

Diese Zeit war geprägt von vielen Herausforderungen, aber auch von zahlreichen positiven Erfahrungen. Ich möchte mich herzlich bei Ihnen allen bedanken – für die hervorragende, konstruktive und für unseren Ostalbkreis förderliche Debattenkultur, die wir gemeinsam gepflegt haben.

Ihr Engagement – das der Kolleginnen und Kollegen ebenso wie das der Beschäftigten im Ostalbkreis – hat dafür gesorgt, dass wir selbst in schwierigen Zeiten einen respektvollen, demokratischen und antifaschistischen Austausch führen konnten.

Ich sage **Danke**. Sie alle haben unsere Diskussionen bereichert und dazu beigetragen, Lösungen für die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger zu finden.

Ich wünsche allen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Ostalbkreis viel Erfolg und ein glückliches Händchen für die zukünftigen Entscheidungen. Mögen Sie weiterhin mit Weitblick und Engagement für unsere Gemeinschaft arbeiten, damit wir die Herausforderungen, die vor uns liegen, erfolgreich meistern können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für die gemeinsame Zeit, die wir miteinander verbringen durften.

Ihre Cynthia Schneider